

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 26. August 1947

SPD und künftige Gemeindeordnung

Der kommunalpolitische Beirat und Ausschuss beim Parteivorstand trat am 24./25. August in Köln zu einer erneuten Beratung zusammen. Bürgermeister Genosse Görlinger eröffnete und leitete die Sitzung, an der Vertreter aller westlichen Zonen beteiligt waren.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Referat über "Gestaltung und Wirksamkeit der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung auf der Grundlage einer reichseinheitlichen Verfassung". Ziel war, eine möglichst einheitliche Richtlinie kommunalpolitischer Arbeit trotz aller Zonen- und Landesgrenzen zu erarbeiten; es gelang, unter Zugrundelegung der kommunalpolitischen Richtlinien der SPD vom Jahre 1929 sowie der Eventualentwürfe einer deutschen Gemeindeordnung des Deutschen Städtetages, weitgehende Übereinstimmung für das gesamte Gebiet festzulegen. Besonders in dem Fragenkomplex um den Teil V der Gemeindeordnung, der sich mit der Verwaltung der Gemeinden befasst, konnte unter einmütiger Feststellung, dass das Schwergewicht aller Selbstverwaltung beim Rat, also der gewählten Vertretung, und nicht beim Apparat, also der Verwaltungsbürokratie, zu liegen habe, eine feste Grundeinstellung erzielt werden.

Allgemeine Unterstützung fand die Absicht, die kommunalpolitischen Richtlinien zu revidieren und dem nächsten Parteitag zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Mehrere kommunalpolitische Experten werden die Neubearbeitung dieses Materials übernehmen.

Sehr eingehend würden die folgenden Forderungen erhoben:

1. Verhältniswahl in möglichst reiner Form.
2. Festlegung einer Mindestprozentziffer für die Zuteilung von Mandaten,
3. Keine Übertreibung der Dezentralisierung durch Aufteilung der Gemeinden und Kreise in kleinere Einzelwahlbezirke.
4. Angleichung - nicht schematische Gleichmacherei - der Wahlrechtsbestimmungen in den verschiedenen Ländern.

Beirat und Ausschuss beschlossen schliesslich, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung das Thema "Gemeindefirtschaft" zu setzen. Der Beirat tritt schon am 11./12. September zur Vorbereitung der Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zusammen.
(the/E10/268/1/he) . - - -